

Pressemitteilung

Zur sofortigen Veröffentlichung

EFSE expandiert in vier weitere Länder der östlichen Nachbarschaftsregion der Europäischen Union

- EFSE wird in Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Weißrussland aktiv
- Europäische Union und Regierungen von Deutschland und Österreich stellen bedeutende Mittel für die östliche Nachbarschaftsregion der Europäischen Union bereit
- EFSE stellt Mittel für 70.000 Kleinst- und Kleinunternehmen in den neuen Zielländern zur Verfügung

Frankfurt am Main, 17. Dezember 2009 – In einer gestern auf der Hauptversammlung des European Fund for Southeast Europe (EFSE) getroffenen Entscheidung haben die Aktionäre die Erweiterung der Zielregion des Fonds auf vier neue Länder – Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Weißrussland – der östlichen Nachbarschaftsregion der Europäischen Union (EU) beschlossen. Damit ist der Weg für die finanzielle Unterstützung von Kleinst- und Kleinunternehmen (KKU) und privaten Haushalten durch den EFSE in diesen vier Ländern, der Ukraine und Moldawien – zwei weiteren Ländern der östlichen Nachbarschaftsregion der EU – und weiteren acht Ländern in Südosteuropa, in denen der EFSE seit 2005 tätig ist, geebnet.

Durch die Ausdehnung wird die finanzielle Infrastruktur in den neuen Zielländern verbessert, wovon vor allem KKU in ländlichen Gegenden und die privaten kleinen Landwirtschaftsunternehmen der Region profitieren werden.

Es wird erwartet, dass der EFSE in den nächsten fünf Jahren Banken und Mikrofinanz-Institutionen in den neuen Zielländern einen Gesamtbetrag in Höhe von 300 Millionen Euro bereitstellt, zusätzlich zu bis zu 1 Milliarde Euro für die Region Südosteuropa. Dadurch wird der Fonds in den neuen Zielländern rund 70.000 Darlehen an KKU finanzieren.

Die Entscheidung auf der Hauptversammlung des EFSE fand sofortige Unterstützung bei den Gesellschaftern des Fonds, die bedeutende Beträge in die östliche Nachbarschaftsregion der EU investieren. Die Europäische Union stellt über die Nachbarschaftsinvestitionsfazilität (Neighbourhood Investment Facility, NIF), die von EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner Mitte 2008 gegründet wurde, einen Betrag

von 10 Millionen Euro für alle sechs Länder der östlichen Nachbarschaftsregion der EU zur Verfügung. Die Mittel werden über das so genannte ENBF, einem für die Region zweckgebundenen Investitionsfenster innerhalb des EFSE, bereit gestellt. Die deutsche Regierung stellt zusätzlich 15,75 Millionen Euro für den südlichen Kaukasus (von denen 4,75 Millionen EUR an Aserbaidschan gehen) über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereit. Die Oesterreichische Entwicklungsbank (OeEB) hat gegenwärtig C-Aktien (Erstverlust-Tranche des Fonds) im Wert von 3 Millionen Euro für Investitionen in die Länder der östlichen Nachbarschaftsregion der EU gezeichnet und möchte in naher Zukunft weitere Investitionen tätigen.

„Das ENBF, das wir heute einführen, steht im vollkommenen Einklang mit der Nachbarschaftsinvestitionsfazilität – NIF. Das ENBF erleichtert den Zugang zu Finanzdienstleistungen für kleinst-, kleine- und mittlere Unternehmen und fördert die Entwicklung von lokalen Kapitalmärkten in der Region,“ so Richard Weber, Deputy Director General von EuropeAid. „Das ENBF ist ein weiteres Beispiel für den Mehrwert, den die NIF durch das Zusammenfassen von Zuschüssen und Darlehen von europäischen Finanzinstitutionen bietet. Mit dem ENBF unterstützen wir in großem Maße die Ziele der Östlichen Partnerschaft, insbesondere bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und stärken außerdem die Kooperation und Koordination in der östlichen Nachbarschaftsregion der EU im Allgemeinen.“

Dirk Niebel, deutscher Minister des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), erklärt: „Die neue Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die deutsche Entwicklungspolitik zu modernisieren und zu entideologisieren. Oberste Maxime soll es dabei sein, die Menschen in unseren Partnerländern dazu zu befähigen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten und sich selbst nachhaltige Perspektiven hin zu menschenwürdigen Existenzbedingungen und Prosperität zu eröffnen. Es ist meine tiefe Überzeugung, dass Mikrokredite einer der Königswege sind, solche selbsttragenden, eigenverantwortlichen Entwicklungen anzustoßen. Deswegen werde ich in meiner Amtszeit im Bereich des Mikrokreditwesens einen deutlichen Schwerpunkt setzen. Die Ausweitung des Europäischen Fonds für Südosteuropa auch auf die Kaukasusregion und die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel in Höhe von 15,75 Millionen Euro soll ein erster Schritt in dieser Richtung sein. Mit Mikrofinanzinitiativen für Afrika und für die MENA-Region werden weitere Maßnahmen in Kürze folgen.“

„Die Oesterreichische Entwicklungsbank AG (OeEB) hat bereits 33 Millionen Euro in EFSE investiert. Der Fokus der OeEB und der Österreichischen Regierung auf die Länder des Kaukasus, wie auch das wachsende Interesse österreichischer Unternehmen für diese Region und der positive Erfolg des EFSE haben zu der Entscheidung geführt,

eine zusätzliche Investition in die neue Region des EFSE durchzuführen.“, bestätigt Josef Pröll, Finanzminister von Österreich.

„Kleinst- und Kleinunternehmen spielen eine entscheidende Rolle beim Wachstum von Entwicklungs- und Transformationsländern, da sie Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen,“ so Dr. Norbert Kloppenburg, Mitglied des Vorstandes der KfW. „Der EFSE hilft, dem gegenwärtigen Abwärtstrend nach der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken, indem Kredite an diese Unternehmen vergeben werden. So können sie auch weiterhin als Jobmotor dienen und armen Menschen den Zugang zu finanziellen Mitteln ermöglichen, um nicht in die Armutsfalle zu geraten.“

Dies ist ein immer wichtiger werdendes Thema, vor allem in den ländlichen Gebieten in den neuen Zielländern, in denen viele Banken durch die Finanzkrise Niederlassungen schließen mussten, um Kosten zu sparen. In Aserbaidschan befinden sich zum Beispiel fast zwei Drittel aller KKV außerhalb von Städten und sind im landwirtschaftlichen Sektor tätig. Die Finanzierungslücke in diesen Gebieten wird immer größer und hat indirekte negative Auswirkungen auf diese Bereiche der Wirtschaft.

Dr. Klaus Glaubitt, Vorsitzender des Vorstandes des EFSE, erklärte: „Die regionale Erweiterung ist ein weiterer wichtiger Meilenstein für den EFSE und spiegelt das Vertrauen von Deutschland, Österreich und anderen Geberländern, der Europäischen Kommission sowie internationaler Finanzinstitutionen und Privatinvestoren in den Fonds wider. Das Modell der Public-Private Partnership des Fonds hat seine Stärke und Robustheit vor allem auch in der Finanzkrise bewiesen und leistet einen deutlichen Entwicklungsbeitrag.“

Über den European Fund for Southeast Europe (EFSE)

Mit einem Investitionsportfolio von 559 Millionen Euro (30. September 2009) ist EFSE der größte Mikrofinanz-Investmentfonds weltweit. Der Fonds zielt darauf ab, wirtschaftliche Entwicklung und den Aufbau in Südosteuropa und in den Ländern der östlichen Nachbarschaftsregion der Europäischen Union zu fördern. Er bietet langfristige Finanzierungsinstrumente für qualifizierte lokale Finanzinstitute in der Region, um die Kreditvergabe an Kleinst- und Kleinunternehmen (KKU), aber auch an private Haushalte mit niedrigem Einkommen auszudehnen. Seit seiner Gründung im Dezember 2005 hat der EFSE mehr als 1 Milliarde Euro in ca. 200.000 Endkrediten an KKV und private Haushalte mit niedrigem Einkommen vergeben. Zusätzlich zum Investmentfonds verfügt EFSE über eine so genannte Development Facility. Durch die Bereitstellung finanzieller Mittel ermöglicht sie technische Beratung und Trainings, um die Partner-Institutionen institutionell zu stützen. Initiiert von der KfW, ist der EFSE ein geschlossener Fonds unter Luxemburger Recht in Form einer Aktiengesellschaft, einer sogenannten société d'investissement à capital variable (SICAV-SIF). Als die erste

Public Private Partnership-Initiative seiner Art bringt EFSE öffentliche und private Mittel zusammen. Der Fonds hat eine starke Anteilseigner- und Investorenbasis unter internationalen Finanzinstitutionen und privaten institutionellen Anlegern, die unter anderen die Europäische Kommission, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Regierungen von Österreich, Schweiz, Dänemark und Albanien, die KfW, die International Finance Corporation (IFC), die FMO (Netherlands Development Finance Company), die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), die Europäische Investitionsbank (EIB), die Oesterreichische Entwicklungsbank (OeEB), Sal. Oppenheim, Deutsche Bank, Crédit Coopératif, BN&P Good Growth Fund, Finance in Motion und andere private institutionelle Investoren umfasst.

Medienkontakt

Samir Djikić

Manager Communications

Tel: +49 (0)69 / 977 876 50-26

E-Mail: info@efse.lu

<http://www.efse.lu>